

Inhalt

I. Beihilfefähige Beträge im Rahmen von Organtransplantationen	1
1. Grundlagen	1
2. Beihilfefähige Aufwendungen im Basistarif der PKV	2
II. Neues auf Rehmnetz	2
III. Beamtenblog	2

I. Beihilfefähige Beträge im Rahmen von Organtransplantationen

*von Wolfgang Weigel, Regierungsrat,
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München*

1. Grundlagen

Die Finanzierung für Leistungen im Zusammenhang mit Organspenden und -transplantationen erfolgt auf der Basis des Transplantationsgesetzes (TPG) nach besonderen Grundlagen:

- Die Vergütung der Organtransplantation, die bei der erkrankten Person durchgeführt wird, erfolgt in Form einer Fallpauschale (DRG).
- Die Kosten der Entnahme sowie die Aufwendungen des Transports des zu implantierenden Organs zum Krankenhaus des Organempfängers werden über eine neutrale Institution – die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) mit Hilfe von Pauschalen gegenüber dem Organempfänger bzw. dessen Krankenkasse bzw. Krankenversicherung abgerechnet.

Mit RdS vom 24. Januar 2014 hat das Bundesministerium des Innern die im Jahr 2014 im Rahmen von Organtransplantationen anfallenden Pauschalen, die beihilfefähig sind, bekannt-gegeben:

- 15.189 Euro je transplantiertem Organ, für das kein eigenständiger Flugtransport durchgeführt wurde.
- 22.537 Euro bei extrarenalen Organen (z. Z. Herz, Leber, Lunge, Pankreas und Darm) je transplantiertem Organ, für das ein eigenständiger Flugtransport durchgeführt wurde.
- 43.881 Euro zusätzlich zu den vorstehend genannten Pauschalen je transplantiertem Herz, für das ein OCSTM-Einsatz durchgeführt wurde. Hierbei handelt es sich um ein besonders aufwändiges Transportsystem.

Das RdS wird demnächst im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlicht. Es ist davon aus-zugehen, dass auch die Länder in vergleichbaren Bekanntmachungen diese Beträge ebenfalls als beihilfefähig einstufen werden.



Produktipp

Mildenberger

Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen

Praktiker-Kommentar



Loseblattwerk in 4 Ordnern
Stand 151. Aktualisierung Dezember 2013
wird ca. 4 mal im Jahr aktualisiert

€ 179,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-8073-0014-6

[\[Mehr Info\]](#)

Rechtssicherheit auf dem neuen Stand.

Dieser Kommentar gehört im gesamten Bundesgebiet seit Jahrzehnten zum Standard: Das Autorenteam berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung ebenso wie die neuesten Entwicklungen im medizinischen Bereich. Dank seiner übersichtlichen Gliederung ist der Kommentar trotz seines Umfangs ausgesprochen benutzerfreundlich.

Enthalten sind:

- Texte der aktuellen Bundes- und Landesvorschriften,
- Vollzugsvorschriften des Bundesministeriums des Innern,
- Gebührenordnungen für Ärzte und Zahnärzte mit den vorgegebenen Steigerungssätzen und Schwellenwerten,
- einschlägige Rechts- und Verwaltungsvorschriften und alle relevanten Nebenvorschriften.

2. Beihilfefähige Aufwendungen im Basistarif der PKV

Sind Beihilfeberechtigte und berücksichtigungsfähige Angehörige u.a. in einem Basistarif nach § 12 Abs. 1a des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) versichert, ist nach § 6 Abs. 5 BBhV die Frage der wirtschaftlichen Angemessenheit der entstanden Aufwendungen nach den in den Verträgen nach § 75 Abs. 3b Satz 1 SGB V vereinbarten Gebührenregelungen bzw. mangels entsprechender Vereinbarungen nach den Vorgaben des § 75 Abs. 3a Satz 2 und 3 SGB V zu beurteilen.

Ein Versorgungsempfänger des Bundes hatte gegen diese Begrenzung der Beihilfefähigkeit mit der Begründung geklagt, dass § 80 BBG keine ausreichende gesetzgeberische Grundlage für die in § 6 Abs. 5 BBhV vorgegebene Koppelung der beihilferechtlichen Angemessenheit an die Gebührensätze des Basistarifs darstelle. Das OVG Rheinland-Pfalz hat im Berufungsverfahren entgegen der Auffassung des Klägers die in Form des § 6 Abs. 5 BBhV normierte Begrenzung als zulässig gewertet und die Revision nicht zugelassen (Urteil vom 15.03.2013, 10 A 11153/12).

Das Bundesverwaltungsgericht hat zwischenzeitlich der Beschwerde des Klägers auf Zulassung der Revision stattgegeben (Klärung einer Sachfrage von grundsätzlicher Bedeutung – Beschluss vom 28.11.2013, 5 B 40/13).

Es ist davon auszugehen, dass dieses oberste Bundesgericht eine Bewertung vornehmen wird, ob im Hinblick auf den Grundsatz des Vorbehalts des Gesetzes den begrenzenden Vorgaben des § 6 Abs. 5 BBhV eine ausreichende gesetzliche Ermächtigung zugrunde liegt.

Wolfgang Weigel, Regierungsrat

II. Neues auf Rehmnetz

News: [Lehrkräfte gehen später in Ruhestand](#)

News: [Flexible Rentenregelung? Beamtenbund sieht keinen Änderungsbedarf im Beamtenrecht](#)

News: [Schulen in Baden-Württemberg als Orte der Toleranz](#)

III. Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Der Landrat und seine teure Geburtstagsfeier](#)

[Sonderurlaub ohne Dienstbezüge](#)

[Ernennung zum Beamten und bestehender Arbeitsvertrag](#)

Produktipp

Schütz/Maiwald

Beamtenrecht des Bundes und der Länder

dargestellt anhand des BeamtStG und des LBG NRW,
einschließlich Vorschriftensammlung

Kommentar



Loseblattwerk in 6 Ordnern
€ 199,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-5870-9

[\[Mehr Info\]](#)

Die Teilausgabe Beamtenrecht Kommentar behandelt das gesamte Beamtenrecht anhand des Landesbeamtengesetzes von Nordrhein-Westfalen, ist jedoch auf Grund ihres Aufbaus auch für jedes andere Bundesland von großer Hilfe.

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)